

Leserbrief zum Artikel "Die Fronten bleiben hart", Holsteiner Zeitung, 17.6.16

So hatten wir uns Bürgerbeteiligung bei einem grünen Umweltminister eigentlich nicht vorgestellt:

Die Deponierung schwach radioaktiven Mülls u.a. in Schönwohld wird als alternativlos dargestellt, Bedenken der BürgerInnen durch den Vergleich der Strahlung des Mülls mit der eines Glas Nutella oder einer toten Katze lächerlich gemacht und der Minister droht im Fernsehinterview, dass, wenn die Anwohner sich weiter als störrisch erweisen, man das ganze auch ohne Mitsprache durchexerzieren könne.

Die Fakten sind jedoch: Jede zusätzliche Strahlung erhöht das Krebsrisiko. Eine von den Grünen in Auftrag gegebene Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das Risiko für Kinder und Jugendliche an Krebs zu erkranken im Umkreis eines Atomkraftwerkes um ca 15% höher ist - obwohl hier ein Grenzwert von 5 Mikrosievert eingehalten wird - für den Müll, der nach Schönwohld kommen soll, sind aber sogar 10 Mikrosievert erlaubt. Das Gesetz erlaubt sehr wohl neben der Deponierung der schwach radioaktiven Abfälle auch deren sicheren Einschluss in den stillgelegten Atommeilern. Eine Variante, die auch Vattenfall als Betreiber der Atomkraftwerke in Krümmel und Brunsbüttel noch bis vor 3 Jahren präferiert hat und die angesichts der Tatsache, dass es auch in den nächsten 30 Jahren kein bundesweites Endlager geben wird und somit auch die mittel- und hochradioaktiven Abfälle auf den AKW-Geländen zwischengelagert werden müssen, nur logisch wäre.

Die Strahlenschutzverordnung definiert ein Minimierungsgebot: Transporte radioaktiver Stoffe sind auf die unbedingt notwendigen zu beschränken - diesem Gebot widerspricht das Schleswig-Holsteinische Entsorgungskonzept in der vorliegenden Fassung, laut der die Abfälle hunderte Kilometer weit transportiert und auf sieben Deponien und somit das ganze Land verteilt werden. Durch das "Freimessen" schwach radioaktiver Abfälle werden diese der Kontrolle der Atomaufsicht entzogen, durch die Einlagerung auf öffentlichen Hausmülldeponien verlagern die Atomkonzerne Kosten und Risiken auf die Bürgerinnen und Bürger. Das werden wir nicht widerstandslos hinnehmen!

mit besten Grüßen

Jörg Stoeckicht

stoeck@verlagskontor-sh.de

Tel: 04321-55 95 90